

Ostermarsch 2022

Sprechzettel | Argumente

Atombomber? Nein Danke! Keine nukleare Aufrüstung!



Worum geht es?

Die Bundesregierung will bis zu 35 Tarnkappenbomber vom Typ F-35 kaufen und aus dem Bundeswehr-Sondervermögen (100 Milliarden Euro) finanzieren. Mit diesen Flugzeugen sollen deutsche Pilot:innen künftig die neuen US-Atombomben vom Typ B61-12 einsetzen können.

Die B61-12-Atombomben sollen ab 2023 in Europa stationiert werden und auch die in Büchel gelagerten Atombomben ersetzen. Die B61-12 hat eine variable Sprengkraft, ein steuerbares Heckleitwerk, soll zielgenauer sein und die Fähigkeit besitzen, unterirdische Bunker zu zerstören.

Warum lehnen wir die Pläne ab?

Die Anschaffung neuer Atombomber und Stationierung neuer Atomwaffen wären die umfassendste nukleare Aufrüstung in Deutschland seit über 30 Jahren. Gerade in einer Zeit, in der Krieg in Europa geführt wird, sollten wir kein nukleares Wettrüsten beginnen, sondern

auf einen Waffenstillstand und Deeskalation hinarbeiten.

Mit den neuen B61-12-Bomben wird suggeriert, dass ein räumlich begrenzter Atomkrieg führ- und gewinnbar sei. Damit sinkt die Hemmschwelle für ihren Einsatz. Deutschland bleibt dadurch ein potenzielles Ausgangsland für einen Atomkrieg, aber auch ein klares Angriffsziel.

Atomwaffen töten unterschiedslos Hunderttausende. Wer mit ihnen droht und den Einsatz vorbereitet, droht damit, Massenmord an Unschuldigen zu begehen. Das darf nie wieder geschehen.

Die F-35 Tarnkappenbomber sind teuer (Stückpreis laut Hersteller: 80 - 100 Millionen \$). Auch die Kosten für den laufenden Betrieb sind enorm hoch.

Sie sind aber auch Pannen-Flugzeuge: Das US-Verteidigungsministerium Pentagon berichtet von über 800 Mängeln und einer Verfügbarkeit von nur 60 Prozent.

Flugzeuge werden 30 - 40 Jahre eingesetzt. Sollten die F-35 für Atomwaffen ausgerüstet werden, wird Deutschland vermutlich für weitere Jahrzehnte an der „nuklearen Teilhabe“ und der völkerrechtswidrigen Drohung mit Atomwaffen festhalten.

SPD und Grüne versprachen vor der Wahl 2021 eine Grundsatzdebatte über die „nukleare Teilhabe“, diese Debatte hat in Deutschland nie stattgefunden.

Wie geht es jetzt weiter?

Vermutlich Anfang Juni 2022 soll das 100-Milliarden-Paket beschlossen werden. Weil dafür eine Grundgesetzänderung nötig ist, müssen 2/3 des Bundestages und des Bundesrates zustimmen. Angesichts der laufenden Diskussionen ist noch nicht gesetzt, dass das „Sondervermögen“ in der geplanten Form beschlossen wird. Wir fordern die Bundestagsabgeordneten auf, die Pläne abzulehnen!

Im Sommer 2022 findet sowohl die Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag als auch die 1. Staatenkonferenz zum Atomwaffenverbotstratrat statt. An beiden Konferenzen wird Deutschland teilnehmen und sich zu seinen nuklearen Plänen äußern müssen.

Ab 2023 sollen die ersten neuen B61-12-Atombomben in Europa stationiert werden.

Ab 2027 werden die F-35-Bomber erwartet. Die Entscheidung darüber, ob sie für den Abwurf von Atombomben ausgerüstet werden, kann also in den nächsten Jahren noch korrigiert werden. Was willst Du?

Was kannst Du machen?

Unterstütze die Kampagne „Atombomber? Nein Danke!“ Auf unserer Webseite gibt es Aktionen und Materialien, sowie die Möglichkeit zu spenden.

atombomber-nein-danke.de

FAZIT: Deutschland muss nuklear abrüsten, statt aufzurüsten!

- **Es dürfen weder neue F35 Atombomber gekauft noch die neuen US-Atombomben in Deutschland stationiert werden.**
- **Das 100 Mrd Aufrüstungspaket der Bundesregierung darf nicht angenommen werden.**
- **Das Festhalten an der Aufrüstung führt zu mehr Tod, Leid und Unsicherheit.**

Trägerorganisationen der Kampagne: Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzt*innen in sozialer Verantwortung (IPPNW) e.V., International Campaign to Abolish Nuclear weapons (ICAN) Deutschland, e.V., Kampagne „Büchel ist überall. atomwaffen.jetzt“